

Ein Satz und seine Spuren

Kein Gipsforschungsinstitut für Nordhausen? NOCH NICHT FERTIG

Zu und über Bodo Ramelow, den ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten wird in diesen Zeiten anhaltender politischer Konfusion viel berichtet. Angesichts der Großwetterlage in der Landeshauptstadt wäre ein kleiner Nebensatz des Abgeordneten Ramelow fast untergegangen. Einem nnz-Leser ist sie aufgefallen, wir haben nachgehakt...

Am vergangenen Montag lässt Ramelow die Bombe platzen und leitet den nächsten Akt im Thüringen-Drama ein: Christine Lieberknecht, Christdemokratin und ehemalige Ministerpräsidentin, soll die Regierung des Freistaates übergangsweise führen. Trommelwirbel, Schlag und Tusch, fast acht Minuten dauert die Stellungnahme, die später unter anderem in der ARD ausgestrahlt wird, es rauscht gewaltig im Blätterwald.

Ein kleiner Nebensatz Ramelow's geht in dem Trubel um den politischen Schachzug beinahe unter: „ (...) nachdem am Freitag so das erste Signal kam, das dass Gipsforschungszentrum nach Nordhausen nicht kommen soll, wird es doch deutlich das wir eine Landesregierung brauchen die Handlungsfähig ist“. Ein Satz der für die Beben des Bundes erst einmal keine große Bedeutung hat, für die kleine Region im Herzen Deutschlands aber durchaus signifikant ist.

Nur: was meint Ramelow? Welche „Signale“ hat es gegeben und wer hat sie gesandt?. Wie sich herausstellt, gar keine so leicht zu beantwortenden Fragen. Der erste Anlaufpunkt: das Thüringer Wirtschaftsministerium, hier müsste man doch um die Vorgänge wissen. Hilfsbereit ist man im Ministerium, die Antwort letztlich aber wenig aufschlussreich.

*„Vor dem Hintergrund des beschlossenen Kohleausstiegs haben drei Forschungseinrichtungen in Weimar und die Fachhochschule Nordhausen im vergangenen Jahr erste konzeptionelle Vorüberlegungen für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für „Ressourcenmanagement und nachhaltiges Bauen“ entwickelt. Ein wichtiger Themenbereich sind hier Bau- und Gipsersatzstoffe. Das Bundesumweltministerium (BMU) hat im Oktober 2019 die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zugesagt, über deren Umsetzung die Fachministerien des Landes und des Bundes im Austausch stehen. Mit der Ausschreibung der Machbarkeitsstudie kann in den kommenden Wochen gerechnet werden. Endgültige Aussagen über mögliche Standorte für ein solches Kompetenzzentrum sind daher noch nicht getroffen worden und können in diesem Stadium auch noch nicht getroffen werden.“*

Die offensichtliche Anlaufstelle ist der Linken-Chef persönlich. Da der inzwischen einfacher Abgeordneter ist und somit nicht länger über einen eigenen Pressesprecher verfügt, führt der Weg über die Landtagsfraktion Fraktion und den Landesverband der Linken. Letzterer verweist auf das Wahlkreisbüro, die Nordhäuser Abgeordnete Katja Mitteldorf schließlich auf die Thüringer Staatskanzlei. Die Spur über das Wahlkreisbüro geht erst einmal ins Leere, Frau Mitteldorf weiß immerhin das sich die Aussage wohl auf Beratungen im Bundesrat bezieht. Mit denen ist die Staatskanzlei befasst.

Findet sich also hier das Ende der Brotkrumen? In diesen Tagen ist das nicht so leicht. Eigentlich nimmt der Ministerpräsident an den Sitzungen des Bundesrates teil, verleiht dem Freistaat Gewicht und Stimme in der Runde der Bundesländer. Hier geht es gerade um Sachlagen, die für die Bergbauregionen in Thüringen ganz entscheidend sein können, in besonderem Maße für Nordhausen. Ramelow hatte immer wieder darauf gepocht, dass der Freistaat, vor allem der Südharz, ganz erheblich vom Kohleausstieg betroffen sein wird. Fällt die Kohleverstromung weg, bricht auch die Produktion des „REA-Gipses“ ein. Die Alternative wäre es, natürliche Gipsvorkommen auszubeuten, deren größte Vorkommen direkt vor der Nordhäuser Haustür liegen. Von dem Konflikt, der im Südharz seit 30 Jahren schwelt, nimmt außerhalb Thüringens kaum jemand Notiz. Das angedachte „Gipsforschungsinstitut“ ist Teil des von Ramelow vorgeschlagenen „Gipskompromisses“ und soll an alternativen Baustoffen und verbesserten Recyclingmethoden forschen. Damit, so die Hoffnung, könnten die Folgen für den Südharz weniger dramatisch ausfallen.

Was hat nun der Bundesrat beschieden? Wir wissen es immer noch nicht. Thüringen hat im Moment keinen Vertreter, den es stimmberechtigt in den Bundesrat entsenden könnte. FDP-Mann Thomas Kemmerich ist Anfang Februar bereits einem Tag nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten wieder auf dem Absprung. Außer dem nunmehr geschäftsführenden „MP“ gibt es keine Regierung, keine Minister. An den Beratungen des Bundesrates nimmt der einsame noch-Landesvater der FDP nicht teil, sein Wort hätte ohnehin keinerlei politisches Gewicht im Gremium. Ist der MP nicht anwesend, ist man lediglich „auf der Arbeitsebene“ in die Gespräche eingebunden, erklärt Regierungssprecher Günter Kolodziej und verspricht im zuständigen Fachamt nachzufragen.

<h3>Wir können Lösungen präsentieren</h3>

Bleibt die Hochschule vor Ort. Man wäre direkt betroffen, wenn sich die „Signale“ verhärten sollten. Zu den konkreten Vorgängen im Bundesrat kann zwar auch Hochschul-Präsident Prof. Jörg Wagner nicht viel sagen, sieht der Entwicklung aber mit einem gewissen Optimismus entgegen. „Nordhausen ist nicht „raus“ aus dem Thema. Wir klopfen gerade an sehr vielen Türen an und haben mit den Kollegen aus Weimar starke Verbündete“, sagt Wagner der nnz. Über die Machbarkeitsstudie verhandele man aktuell mit dem Thüringer Wirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium. Für ein konkretes Bauvorhaben streckt man zusätzlich Fühler in Richtung Berlin aus und steht mit dem Bau-, dem Wirtschafts-, und dem Innenministerium im Gespräch. Aktueller Stand hier: eine institutionelle (also direkte) Förderung aus Bundesmitteln sei derzeit noch nicht möglich, die Hochschule könne sich aber auf Mittel aus den diversen Fördertöpfen des Bundes bewerben. „Das sind die allerersten Schritte hin zu einer Umsetzung“, erklärt Wagner, „ich bin da relativ optimistisch, wir können Lösungen präsentieren wenn man uns forschen lässt. Im Moment drückt man sich aber noch um die Frage der Finanzierung.“ Thüringen gehöre in den Kohleausstiegsvertrag, unterstreicht der Hochschulpräsident, man werde aber erst dann wieder Gehör finden, wenn es wieder eine Regierung gebe, mit der man auf Landesseite nach intelligenten Lösungen suchen könne.

Nach zwei Tagen und vielen Telefonaten nähern wir uns dem Ende der Spur.

ANFRAGE STAATSKANZLEI  
ANFRAGE RAMELOW